

Hauptausgabe

Berner Zeitung AG
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 45'945
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 3
Fläche: 12'955 mm²

Blitzen die Gegner der Reform ab?

GROSSER RAT Eine überparteiliche Gruppe will die Revision des Kirchengesetzes torpedieren. Ob sie sich damit im Rat durchsetzt, ist fraglich: FDP, SP, EVP und die Grünen sind skeptisch bis ablehnend.

Eine parteipolitisch bunte Gruppe von Grossräten will den Regierungsbericht zum Verhältnis von Kirche und Staat zurückweisen. Nun liegt der entsprechende Antrag vor. Folgt der Grosse Rat diesem, dann ist die geplante Kirchenreform hinfällig. Dabei geht es um die Frage, ob der Kanton weiterhin die Pfarrer der Landeskirchen anstellen soll. Dies ist seit 1804 so, als der Staat die Kirchengüter einzog und sich dazu verpflichtete, die Pfarrerlöhne zu bezahlen. Nun wollen Regierung und vorberatende Kommission den Systemwechsel: Künftig sollen die Kirchen ihre Pfarrer einstellen, der Kanton kauft vertraglich vereinbarte Leistungen ein (wir berichteten).

FDP und EVP für Reform

Die Parlamentariergruppe stellt

im Rückweisungsantrag Forderungen auf. Darunter jene, dass die Regierung eine Auslegeordnung zur Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat sowie zur Religionspolitik erarbeiten soll. Dies unter Berücksichtigung von Modellen anderer Kantone sowie eines Finanzierungssystems, das die historischen Ansprüche der Kirchen respektiert. Auch soll die Regierung aufzeigen, wie nicht anerkannte Religionsgemeinschaften unterstützt werden könnten, die zur interreligiösen Verständigung beitragen. Kirchendirektor Christoph Neuhaus (SVP) winkt ab: «Die meisten Punkte sind im Bericht bereits erfüllt oder werden im Rahmen unserer Leitsätze umgesetzt.»

Die FDP-Fraktion will laut Präsident Adrian Haas den Bericht nicht zurückweisen. «Die Büchse der Pandora» wolle man nicht öffnen, sagt Haas und meint damit die Anerkennung anderer Religionen. Er selber ist als Mitglied der überparteilichen Gruppe für eine Rückweisung. Auch die EVP lehnt eine Rückweisung ab. Bei SP und Grünen zeichnet sich dies ebenfalls ab. Andere haben noch nicht entschieden. So die SVP als grösste Fraktion: Sie diskutiert das Thema Anfang nächster Woche. *Andrea Sommer*



Bieler Tagblatt
2501 Biel
032/ 321 91 11
www.bielertagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 21'739
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 21
Fläche: 13'497 mm²

Blitzen die Gegner der Kirchenreform ab?

Grosser Rat Eine überparteiliche Gruppe will die Revision des Kirchengesetzes torpedieren. Ob sie sich damit im Rat durchsetzt, ist fraglich: FDP, SP, EVP und die Grünen sind skeptisch bis ablehnend.

Eine parteipolitisch bunte Gruppe von Grossräten will den Regierungsbericht zum Verhältnis von Kirche und Staat zurückweisen. Nun liegt der entsprechende Antrag vor. Folgt der Grosse Rat diesem, dann ist die geplante Kirchenreform hinfällig. Dabei geht es um die Frage, ob der Kanton weiterhin die Pfarrer der Landeskirchen anstellen soll. Dies ist seit 1804 so, als der Staat die Kirchengüter einzog und sich dazu verpflichtete, die Pfarrerröhne zu bezahlen. Nun wollen Regierung

und vorbereitende Kommission den Systemwechsel: Künftig sollen die Kirchen ihre Pfarrer einstellen, der Kanton kauft vertraglich vereinbarte Leistungen ein.

FDP und EVP für Reform

Die Parlamentariergruppe stellt im Rückweisungsantrag Forderungen auf. Darunter jene, dass die Regierung eine Auslegeordnung zur Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat sowie zur Religionspolitik erarbeiten soll. Dies unter Berücksichtigung von Modellen anderer Kantone sowie eines Finanzierungssystems, das die historischen Ansprüche der Kirchen respektiert. Auch soll die Regierung aufzeigen, wie nicht anerkannte Religionsgemeinschaften unterstützt werden

könnten, die zur interreligiösen Verständigung beitragen. Kirchendirektor Christoph Neuhaus (SVP) winkt ab: «Die meisten Punkte sind im Bericht bereits erfüllt oder werden im Rahmen unserer Leitsätze umgesetzt.»

Die FDP-Fraktion will laut Präsident Adrian Haas den Bericht nicht zurückweisen. «Die Büchse der Pandora» wolle man nicht öffnen, sagt Haas und meint damit die Anerkennung anderer Religionen. Er selber ist als Mitglied der überparteilichen Gruppe für eine Rückweisung. Auch die EVP lehnt eine Rückweisung ab. Bei SP und Grünen zeichnet sich dies ebenfalls ab. Andere haben noch nicht entschieden. So die SVP als grösste Fraktion: Sie diskutiert das Thema Anfang nächster Woche. *Andrea Sommer*



AZ Zeitungen AG
4501 Solothurn
058/ 200 48 28
www.grenchnertagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 4'263
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 28
Fläche: 41'035 mm²

Bleiben Pfarrer Staatsbeamte?

Grosser Rat Kantonsparlament soll Verhältnis von Kirche und Staat klären

VON CHRISTIAN ZINGG

Bleiben die bernischen Pfarrer Kantonsangestellte, oder werden sie künftig von den Kirchen entlohnt? Diese Frage steht im Zentrum der grossen Kirchendebatte, die der Grosse Rat in der anstehenden September-Session führen wird.

Heute zahlt der Kanton Bern die Löhne der reformierten, katholischen und christkatholischen Pfarrer aus der Staatskasse. Das kostet ihn jährlich 70 Millionen Franken. Um die Finanzierung will er sich weiterhin kümmern, schliesslich hat der Kanton ja vor 200 Jahren Kirchengüter in Milliardenhöhe eingezogen. Die Pfarrer sollen aber künftig von der Kirche angestellt sein. Das passt vielen reformierten Pfarrern überhaupt nicht, zumal das Finanzierungsmodell noch reichlich vage ist. Die Landeskirchen signalisieren Gesprächsbereitschaft, warnen aber davor, dass die Entflechtung von Kirche und Staat zur reinen Sparübung verkommt.

Im Grossen Rat gibt es Politiker, denen die Vorschläge der Regierung zu weit geht. Andere möchten lieber gar nichts ändern. So könnte eine «unheilige Allianz» dafür sorgen, dass alles beim Alten bleibt. Skeptiker gibt es jedenfalls

in allen Lagern. In der Kirchendebatte gibt es noch andere Streitpunkte. Dazu gehören die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften; der Regierungsrat will vorläufig nichts davon wissen. Die Muslime können damit leben, die Freikirchen hingegen sind enttäuscht.

Asyldebatte in Sicht

Ein zweiter Schwerpunkt der Session ist die Asylpolitik. Unter anderem geht es um einen Millionenkredit für die Unterbringung minderjähriger Asylsuchender, die ohne Eltern in die Schweiz geflüchtet sind. Dazu kommen Vorstösse von links und rechts, die den Mangel an Asylplätzen und die Rolle von Kanton und Gemeinden thematisieren.

Auf ein positives Echo könnte die Stopp-Fracking-Initiative der Grünen stossen. Die vorberatende Kommission steht mehrheitlich hinter dem Begehren, das die umstrittene Methode zur Energiegewinnung verbieten will.

Hin und Her um Lohnleichheit

Zwei Gesetze werden in zweiter Lesung beraten. Beim Staatsbeitragsgesetz dürfte vor allem der Artikel zur Lohnleichheit zu reden geben. In der vorbe-

ratenden Kommission sprach sich eine Mehrheit dafür aus, dass Betriebe mit Staatsbeiträgen künftig ein Selbstdeklarationsblatt ausfüllen müssen.

Beim Steuergesetz bleibt zu klären, ob Eltern künftig deutlich höhere Steuerabzüge geltend machen dürfen, wenn sie ihre Kinder betreuen lassen. Die Mehrheit der Finanzkommission will die Frage erst im Rahmen der kantonalen Steuerstrategie klären, die Mitte September präsentiert wird.

Millionen für Spitäler

Eine Reihe von Kreditgeschäften stehen ebenfalls auf der Traktandenliste. Ins Gewicht fallen besonders die insgesamt 300 Millionen Franken, mit denen von 2016 bis 2019 die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der bernischen Spitäler und Kliniken vergütet werden sollen.

Insgesamt 71 Geschäfte muss der Grosse Rat in den kommenden zwei Wochen bewältigen. Die erste Sessionswoche wird durch den Legislaturausflug am sitzungsfreien Donnerstag aufgelockert. Die September-Session endet voraussichtlich am Donnerstag, 17. September. (SDA)

Datum: 03.09.2015



GRENCHNER
TAGBLATT



AZ Zeitungen AG
4501 Solothurn
058/ 200 48 28
www.grenchnertagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 4'263
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 28
Fläche: 41'035 mm²



Im Rathaus wird entschieden, wer künftig den Pfarrerlohn zahlen soll.



Bleiben Pfarrer Staatsbeamte?

Grosser Rat Kantonsparlament soll Verhältnis von Kirche und Staat klären

VON CHRISTIAN ZINGG

Bleiben die bernischen Pfarrer Kantonsangestellte, oder werden sie künftig von den Kirchen entlohnt? Diese Frage steht im Zentrum der grossen Kirchendebatte, die der Grosse Rat in der anstehenden September-Session führen wird.

Heute zahlt der Kanton Bern die Löhne der reformierten, katholischen und christkatholischen Pfarrer aus der Staatskasse. Das kostet ihn jährlich 70 Millionen Franken. Um die Finanzierung will er sich weiterhin kümmern, schliesslich hat der Kanton ja vor 200 Jahren Kirchengüter in Milliardenhöhe eingezogen. Die Pfarrer sollen aber künftig von der Kirche angestellt sein. Das passt vielen reformierten Pfarrern überhaupt nicht, zumal das Finanzierungsmodell noch reichlich vage ist. Die Landeskirchen signalisieren Gesprächsbereitschaft, warnen aber davor, dass die Entflechtung von Kirche und Staat zur reinen Sparübung verkommt.

Im Grossen Rat gibt es Politiker, denen die Vorschläge der Regierung zu weit geht. Andere möchten lieber gar nichts ändern. So könnte eine «unheilige Allianz» dafür sorgen, dass alles beim Alten bleibt. Skeptiker gibt es jedenfalls

in allen Lagern. In der Kirchendebatte gibt es noch andere Streitpunkte. Dazu gehören die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften; der Regierungsrat will vorläufig nichts davon wissen. Die Muslime können damit leben, die Freikirchen hingegen sind enttäuscht.

Asyldebatte in Sicht

Ein zweiter Schwerpunkt der Session ist die Asylpolitik. Unter anderem geht es um einen Millionenkredit für die Unterbringung minderjähriger Asylsuchender, die ohne Eltern in die Schweiz geflüchtet sind. Dazu kommen Vorstösse von links und rechts, die den Mangel an Asylplätzen und die Rolle von Kanton und Gemeinden thematisieren.

Auf ein positives Echo könnte die Stopp-Fracking-Initiative der Grünen stossen. Die vorberatende Kommission steht mehrheitlich hinter dem Begehren, das die umstrittene Methode zur Energiegewinnung verbieten will.

Hin und Her um Lohnleichheit

Zwei Gesetze werden in zweiter Lesung beraten. Beim Staatsbeitragsgesetz dürfte vor allem der Artikel zur Lohnleichheit zu reden geben. In der vorbe-

beratenden Kommission sprach sich eine Mehrheit dafür aus, dass Betriebe mit Staatsbeiträgen künftig ein Selbstdeklarationsblatt ausfüllen müssen.

Beim Steuergesetz bleibt zu klären, ob Eltern künftig deutlich höhere Steuerabzüge geltend machen dürfen, wenn sie ihre Kinder betreuen lassen. Die Mehrheit der Finanzkommission will die Frage erst im Rahmen der kantonalen Steuerstrategie klären, die Mitte September präsentiert wird.

Millionen für Spitäler

Eine Reihe von Kreditgeschäften stehen ebenfalls auf der Traktandenliste. Ins Gewicht fallen besonders die insgesamt 300 Millionen Franken, mit denen von 2016 bis 2019 die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der bernischen Spitäler und Kliniken vergütet werden sollen.

Insgesamt 71 Geschäfte muss der Grosse Rat in den kommenden zwei Wochen bewältigen. Die erste Sessionswoche wird durch den Legislaturausflug am sitzungsfreien Donnerstag aufgelockert. Die September-Session endet voraussichtlich am Donnerstag, 17. September. (SDA)

Datum: 03.09.2015



SOLOTHURNER
ZEITUNG

Hauptausgabe

Solothurner Zeitung AG
4501 Solothurn
058/ 200 47 74
www.solothurnerzeitung.ch

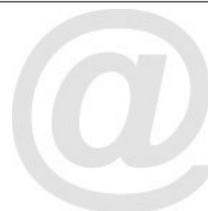
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 22'207
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 28
Fläche: 41'035 mm²



Im Rathaus wird entschieden, wer künftig den Pfarrerlohn zahlen soll.



Online-Ausgabe

20 Minuten
8021 Zürich
044/ 248 68 20
www.20min.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 2'375'000
Page Visits: 76'945'961

Online lesen

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726

Kantonsangestellte? 02. September 2015 13:53; Akt: 02.09.2015 13:53

Grosser Rat diskutiert über Pfarrer-Löhne

70 Millionen Franken Lohn zahlt der Kanton jährlich an bernische Pfarrer. Ob die Geistlichen künftig von der Kirche angestellt sein sollen, wird nun Thema im Grossen Rat.



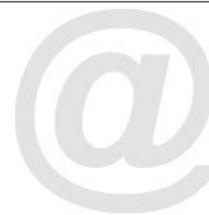
Wer soll künftig die Löhne der bernischen Seelsorger bezahlen? (Bild: Keystone/Peter Schneider)

Bleiben die bernischen Pfarrer Kantonsangestellte oder werden sie künftig von den Kirchen entlohnt? Diese Frage steht im Zentrum der grossen Kirchendebatte, die der Grosse Rat in der anstehenden September-Session führen wird.

Heute zahlt der Kanton Bern die Löhne der reformierten, katholischen und christkatholischen Pfarrer aus der Staatskasse. Das kostet ihn jährlich 70 Millionen Franken. Um die Finanzierung will er sich weiterhin kümmern – schliesslich hat der Kanton ja vor 200 Jahren Kirchengüter in Milliardenhöhe eingezogen. Die Pfarrer sollen aber künftig von der Kirche angestellt sein. Das passt vielen reformierten Pfarrern überhaupt nicht, zumal das Finanzierungsmodell noch reichliche vage ist. Die Landeskirchen signalisieren Gesprächsbereitschaft, warnen aber davor, dass die Entflechtung von Kirche und Staat zur reinen Sparübung verkommt.

Im Grossen Rat gibt es Politiker, denen die Vorschläge der Regierung zu weit geht. Andere möchten lieber gar nichts ändern. So könnte eine «unheilige Allianz» dafür sorgen, dass alles beim Alten bleibt. Skeptiker gibt es jedenfalls in allen Lagern.

In der Kirchendebatte gibt es noch andere Streitpunkte. Dazu gehören die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften – der Regierungsrat will vorläufig nichts davon wissen. Die Muslime können damit



Online-Ausgabe

20 Minuten
8021 Zürich
044/ 248 68 20
www.20min.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 2'375'000
Page Visits: 76'945'961



Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726

leben, die Freikirchen hingegen sind enttäuscht.

Asyldebatte in Sicht

Ein zweiter Schwerpunkt der Session ist die Asylpolitik. Unter anderem geht es um einen Millionenkredit für die Unterbringung minderjähriger Asylsuchender, die ohne Eltern in die Schweiz geflüchtet sind. Dazu kommen Vorstösse von links und rechts, die den Mangel an Asyl-Plätzen und die Rolle von Kanton und Gemeinden thematisieren.

Auf ein positives Echo könnte die Stopp-Fracking-Initiative der Grünen stossen. Die vorberatende Kommission steht mehrheitlich hinter dem Begehren, das die umstrittene Methode zur Energiegewinnung verbieten will.

Hin und Her um Lohngleichheit

Zwei Gesetze werden in zweiter Lesung beraten. Beim Staatsbeitragsgesetz dürfte vor allem der Artikel zur Lohngleichheit zu reden geben. In der vorberatenden Kommission sprach sich eine Mehrheit dafür aus, dass Betriebe mit Staatsbeiträgen künftig ein Selbstdeklarationsblatt ausfüllen müssen.

Beim Steuergesetz bleibt zu klären, ob Eltern künftig deutlich höhere Steuerabzüge geltend machen dürfen, wenn sie ihre Kinder betreuen lassen. Die Mehrheit der Finanzkommission will die Frage erst im Rahmen der kantonalen Steuerstrategie klären, die Mitte September präsentiert wird.

Millionen für Spitäler

Eine Reihe von Kreditgeschäften steht ebenfalls auf der Traktandenliste. Ins Gewicht fallen besonders die insgesamt 300 Millionen Franken, mit denen von 2016 bis 2019 die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der bernischen Spitäler und Kliniken vergütet werden sollen.

Insgesamt 71 Geschäfte muss der Grosse Rat in den kommenden zwei Wochen bewältigen. Die erste Sessionswoche wird durch den Legislaturausflug am sitzungsfreien Donnerstag aufgelockert. Die September-Session endet voraussichtlich am Donnerstag, 17. September.

(sda/sda)



Replik Kirchendebatte Esther Schläpfer und Christian Walti Nein zum Berner Sonderfall

«Reformierte Pfarrer», fasst Dölf Barben im «Bund»-Interview vom 28. August mit Pfarrer Michael Graf zusammen, «halten nichts von der Idee, dass sie nicht mehr Staatsangestellte sein sollen.» Wir halten dagegen: Michael Graf ist zwar Präsident des Berner Pfarrvereins, vertritt damit aber nicht die Meinung aller reformierten Pfarrpersonen.

«Riesigen Symbolwert» hat der Schritt der Pfarrerschaft vom Staat zur Kirche auch für uns, aber im positiven Sinne: Die Pfarrerschaft wird damit - wenn sie ihre Aufgabe erkennt und wahrnimmt - zum echten, kritischen und glaubwürdigen Gegenüber des Staates und der Gesellschaft.

Die Loslösung der Anstellungsverhältnisse vom Staat bedeutet nicht die Entlassung der Kirche aus der gesellschaftlichen Verantwortung. Im Gegenteil: Pfarrpersonen werden noch wacher hinschauen müssen, was gesellschaftlich gefragt und nötig ist. Nur dann wird ihr Handeln als «öffentlich» wahrgenommen werden. Dies ist der Übergang von einer diffusen Versorgungslage (jeder Pfarrer macht qua

sein Amt «gesellschaftsrelevante» Arbeit) hin zu einer gezielten Strategie kirchlicher Angebote (Pfarrpersonen suchen nach tatsächlich relevanten Handlungsfeldern, etwa in der Diakonie oder der Seelsorge). Das Vorbild der Zürcher Landeskirchen zeigt, dass sich die Gesellschaftsrelevanz der Kirchen durch leichte Distanz zum Staat halten konnte oder gar verstärkt hat. Vergangenes Jahr hat sich das Zürcher Stimmvolk klar gegen eine Abschaffung der Kirchenbesteuerung juristischer Personen ausgesprochen - mehr als ein Jahrzehnt nach der Loslösung der Anstellungsverhältnisse der Pfarrpersonen vom Staat!

Es gibt keinen Grund für einen «Sonderfall Bern». Es wirkt arrogant und ist kaum im Sinne der Ökumene, wenn sich eine Landeskirche als wichtiger im Bezug auf die Gesellschaft versteht als andere. Kirchen in der Schweiz und auf der ganzen Welt handeln relevant und werden als wichtige Institutionen wahrgenommen - unabhängig von der Anstellungsform ihrer Pfarrpersonen. Was zählt, sind die Botschaft und die konkreten Hilfeleistungen. Diese - und nicht Staatsverträge aus dem 19. Jahrhundert - sind die Basis für das künftige Vertrauen in kirchliche Mitarbeitende und ihre Glaubwürdigkeit in unserer Kultur.

Esther Schläpfer ist Münster-Pfarrerin und Christian Walti Pfarrer in der Friedenskirche.

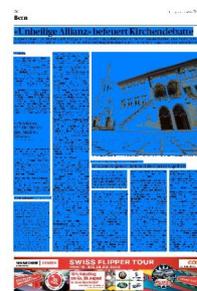


«Der Bericht der Regierung ist eine verpasste Chance»

Eine fraktionsübergreifende Gruppe hat gestern an einem Rückweisungsantrag gearbeitet. Die Kirchendebatte von übernächster Woche wird zusätzlich spannend.

«Wir sind auf unserem Weg weitergegangen, es gab einen guten Austausch»: Dies sagte der grüne Grossrat Blaise Kropf (Bern) auf Anfrage. Er hatte sich gestern mit fünf Grossratsmitgliedern verschiedener Fraktionen getroffen. Die Gruppe zweifelt daran, dass der Regierungsrat mit seinem Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat den richtigen Weg eingeschlagen hat («Bund» vom Samstag). Ziel sei es nun, bis am Donnerstag den Fraktionen einen ausformulierten Rückweisungsantrag präsentieren zu können - mit Auflagen. Zu diesen Auflagen wollte Kropf sich noch nicht im Detail äussern. Klar sei aber, dass eine Kirchen- und Religionsdebatte im 21. Jahrhundert «mit einem breiteren Blickwinkel» angegangen werden müsse. «Der Bericht des Regierungsrats ist eine verpasste Chance», sagte er, darin sei man sich in der Gruppe einig.

Der Regierungsrat hatte im Frühling Vorschläge vorgelegt, wie er das Verhältnis von Kirche und Staat weiterentwickeln möchte. Einer der Kernpunkte betrifft die Pfarrer: Diese sollen nicht mehr Staatsangestellte sein. Die Vorschläge des Regierungsrats basieren auf einem umfangreichen Expertenbericht. Dieser Bericht habe sehr viel Substanz, sagte Kropf. Der Regierungsrat habe viel zu wenig aus ihm herausgeholt. Die Debatte beginnt am 16. September. (db)



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 20
Fläche: 92'461 mm²

«Unheilige Allianz» befeuert Kirchendebatte

Soll der Kanton zu den Pfarrern auf Distanz gehen? Vor der Grossrats-Debatte werden die Stimmen der Zweifler lauter. Sechs von ihnen wollen über eine Rückweisung des regierungsrätlichen Vorschlags diskutieren. Kirchendirektor Christoph Neuhaus macht sich Sorgen.

Dölf Barben

Die reformierten Pfarrer möchten nicht weg vom Staat. Sie wollen weiterhin dessen Angestellte sein und von ihm direkt besoldet werden. Das hat der Pfarrverein diesen Sommer deutlich zum Ausdruck gebracht. Und sein Vorstand hat den Mitgliedern mittels einer E-Mail auch ans Herz gelegt, sich für dieses Anliegen einzusetzen - und sich zum Beispiel bei Grossräten zu melden. Michael Graf, Präsident des Pfarrvereins, bestätigte gestern, dass der grösste Teil der Grossratsmitglieder inzwischen kontaktiert worden sei.

Und nun sieht es so aus - zumindest auf den ersten Blick -, als trügen die Anstrengungen der Pfarrer Früchte. Nächsten Dienstag treffen sich sechs Grossratsmitglieder aus verschiedenen Fraktionen zu einer Sitzung. Sie wollen beraten, ob sie sich parteiübergreifend dafür einsetzen wollen, dass der Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat in der Septembersession zurückgewiesen wird - mit Auflagen. Eingeladen zur Sitzung

«Da würden wir die Büchse der Pandora öffnen.»

Adrian Haas, FDP-Grossrat aus Bern.

hat der Grüne Blaise Kropf. Er hatte sich schon im Juli kritisch zum Bericht geäussert und gesagt, es sei fragwürdig, «ein funktionierendes System über den Haufen zu werfen» («Bund» vom 8. Juli 2015). Zur «Zweifler»-Truppe gehören nebst Kropf Matthias Burkhalter (SP, Rümli), Fritz Ruchti (SVP, Seewil), Vreni Kipfer (BDP, Stettlen), Philippe Messerli (EVP, Nidau) und Adrian Haas (FDP,

Bern). Die Namen zeigen: Es ist keine Hinterbänkler-Aktion.

Bitte keine «Buchhalterdebatte»

Kropf sagt auf Anfrage, er beschäftige sich seit geraumer Zeit intensiv mit dem Thema. So habe er etwa eine Tagung besucht und selbstverständlich Gespräche mit Pfarrern geführt. Die Motivation, die anderen Grossräte einzuladen, sei aber

seine ureigene. Er sei kein religiöser Mensch, habe auch keine Verbindungen zu kirchlichen Strukturen. Aus seiner Sicht sei der Bericht des Regierungsrats aber zu sehr aus einer finanzpolitischen Perspektive heraus entstanden; der Blickwinkel sei zu eng geraten. Es drohe eine «Buchhalterdebatte».

Der Bericht lasse sehr viele Fragen offen und sei daher eine verpasste Chance, sagt Kropf. Angesichts der zunehmenden Heterogenität der Gesellschaft sei es unerlässlich, sich weitergehend mit Religionspolitik zu befassen. Wie die Pfarrer angestellt seien, spiele eine untergeordnete Rolle. Wichtiger sei, dass das «unvergleichliche» Integrationspotenzial der Kirchen nicht geschmälert werde und dass religiöse Aktivität von «Toleranz und Offenheit» geprägt sei.

Gebe es aber keine Rahmenbedingungen für die Ausübung von Religiosität, würden ungünstige Entwicklungen begünstigt, sagt Kropf und spricht von Ausgrenzung und Rassismus. Vor diesem Hintergrund könnte es unter Umständen angezeigt sein, dass der Staat nicht mehr alle Pfarrer der Landeskirchen entlohnt, dafür aber zusätzlich Geistliche anderer Religionsgemeinschaften. Die voreilige Abschaffung der staatlichen Pfarrerbesoldung wäre laut Kropf deshalb «nicht bloss ein Klacks - es wäre eine entscheidende Weichenstellung». Und diese würde vielleicht anders ausfallen, wenn die Debatte auf einer solideren und breiteren Grundlage stattfinden würde.

Ob eine Rückweisung Chancen hätte,

könne er kaum abschätzen, sagt Kropf. Er wisse nur, dass auch in den anderen Fraktionen Vorbehalte gegenüber dem Bericht des Regierungsrats vorhanden seien. Jedenfalls scheine die Debatte spannend zu werden.

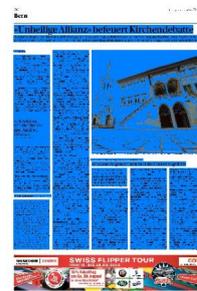
«Mir fehlt die Strategie»

Fritz Ruchti (SVP), ebenfalls ein Zweifler, sagt, der Bericht lasse viele Fragen offen, etwa in Bezug auf die Konsequenzen für die Seelsorge bei alten Leuten oder in Spitälern. «Mir fehlt die Strategie.» Auch er sei von Pfarrern kontaktiert worden, sagt Ruchti. Er befasse sich aber schon länger mit dem Thema und «ich bilde mir meine Meinung selber».

Eigentlich seien die Pfarrerbesoldung und die Zweckbindung der Kirchensteuern, welche juristische Personen zu entrichten haben, die «einigen Punkte mit Fleisch am Knochen», sagt dagegen Adrian Haas (FDP). Er frage sich darum, wie sinnvoll es sei, «eine solche Übung überhaupt zu starten». Er liege keineswegs genau auf der Linie der Pfarrer. Was die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften und die Besoldung ihrer Geistlichen betreffe, sei er sehr zurückhaltend. «Da würden wir die Büchse der Pandora öffnen.» Die Lobbyarbeit der Pfarrer habe er wahrgenommen, sagt Haas. Das sei aber normal, und sie sei nicht ausgeübt.

Neuhaus: «Unheilige Allianz»

Kirchendirektor Christoph Neuhaus registriert die Aktivitäten der Sechsergruppe mit Unbehagen, wie er auf Anfrage sagt. Er stelle fest, dass hier Strukturkonservative mit eher Kirchenfernen eine «unheilige Allianz» bildeten. Die einen möchten gar nichts ändern, die anderen viel mehr. Der Regierungsrat dagegen habe versucht, mit seinem Bericht eine «pragmatische Lösung» vorzulegen. Es bereite ihm Sorgen, dass die notwendigen Reformbemühungen auf diese Weise torpediert würden.



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 20
Fläche: 92'461 mm²

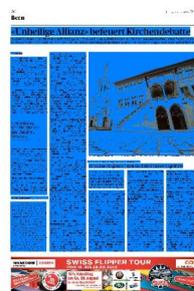


Das Rathaus und die christkatholische Kirche St. Peter und Paul könnten kaum näher beieinander stehen. Foto: Valérie Chételat

Kirchendebatte Systemwechsel

Für die Löhne der reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Pfarrer bezahlt der Kanton Bern jährlich 70 Millionen Franken – aus der Staatskasse. Er tut dies, weil er vor über zweihundert Jahren die Kirchengüter eingezogen und sich im Gegenzug verpflichtet hat, die Geistlichen zu besolden. Dieses System – ein Unikat in der Schweiz – steht seit einigen Jahren unter Druck. Der Regierungsrat hat dazu nun Experten konsultiert und im Frühling deren

Ergebnis präsentiert – zusammen mit eigenen Vorschlägen, wie er das Verhältnis zwischen Kirchen und Staat «weiterentwickeln» will. So schlägt er unter anderem vor, dass die Pfarrer künftig bei ihren Kirchen angestellt sein sollen. Die drei öffentlich-rechtlich anerkannten Landeskirchen sollen aber weiterhin mit staatlichen Geldern für ihre gesamtgesellschaftlichen Leistungen entschädigt werden. Der Bericht kommt im September in den Grossen Rat. (db)



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 20
Fläche: 92'461 mm²

Was der zuständige Regierungsrat davon hält

«Im Grunde genommen sind die Pfarrer vogelfrei»

Die Pfarrer profitierten davon, dass sie einer mehrfachen Aufsicht unterstünden, sagt Regierungsrat Christoph Neuhaus. Es sei diese Sonderposition, die sie verteidigten.

Regierungsrat und Kirchendirektor Christoph Neuhaus (SVP) reagiert wenig erfreut auf die Aussagen des Präsidenten des Pfarrvereins im «Bund»-Interview von gestern. Michael Graf sagte darin, der Regierungsrat biete mit seinem Bericht zur Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat «nicht den Hauch einer Strategie». Sein Vorschlag sei «untauglich». Graf warf dem Regierungsrat vor, nicht nachgedacht zu haben, bevor er gehandelt habe. Diese Aussage «hat mich schon überrascht», sagt Neuhaus. «Wir haben uns selbstverständlich viele Gedanken gemacht.»

Neuhaus, der den Bericht Ende März vorgestellt hatte, kontert die Vorwürfe seinerseits mit klaren Worten: In der Tat gehe es den Pfarrern, die nicht mehr direkt vom Staat besoldet werden sollen, nicht um Materielles, sagt er, darin stimme er mit Michael Graf überein. Es gehe ihnen vielmehr «um ihre Freiheit».

Für die Pfarrer sind mehrere Instanzen zuständig. Der Kanton, der ihre Löhne bezahlt, ist Anstellungsbehörde, die Kirchgemeinden sind Wahlbehörden

und die Landeskirche ist Arbeitgeberin. Diese Situation wird von Experten als «verstaubt» bezeichnet.

«Allen sind die Hände gebunden»

In der Praxis werden die Grenzen dieses Systems laut Neuhaus regelmässig aufgezeigt - etwa dann, wenn es zwischen einer Kirchgemeinde und einem Pfarrer zum Streit kommt. Dann schalteten sich gleich mehrere Stellen ein, vom Regierungsstatthalter über den Beauftragten für kirchliche Angelegenheiten in der Kirchendirektion bis zum Synodalrat und dem Pfarrverein. «Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung liegen nicht in einer Hand», sagt er. «Für die Pfarrer wiederum ist das praktisch.» Gerade bei Amtsenthebungsverfahren habe es Fälle gegeben, wo sich Betroffene «monatelang wehren konnten». Oder wenn eine Pfarrperson in Probleme gerate, die deren Arbeit betreffen, werde es prekär. Dann seien zwar viele Stellen zuständig, aber niemand richtig verantwortlich, «allen sind die Hände gebunden - im Grunde genommen sind die Pfarrer vogelfrei», sagt Neuhaus. Und: «Sie tun alles dafür, nicht einer einzigen Instanz unterstellt zu sein.»

Wären die Pfarrer bei den Landeskirchen angestellt, wie das der Regierungsrat vorsieht, gäbe es einen Akteur weniger, der etwas zu sagen hat; die Landeskirchen würden dadurch gestärkt, sagt Neuhaus. Und was er nicht sagt: Die Po-

sition der Pfarrer würde entsprechend geschwächt. Dass Bern als einziger Kanton die Pfarrer direkt bezahlt, hat historische Gründe. Laut Neuhaus hat es aber nichts mehr damit zu tun, dass der Staat Einfluss nehmen wolle auf die Geistlichen. Darum sei die Anstellung durch den Staat nicht mehr zeitgemäss.

«Dann haben wir ein Problem»

Letztlich gehe es um Fragen der Gleichstellung und Gleichbehandlung, sagt Neuhaus. Es stelle sich die Frage, ob es sich mit dem in der Bundes- und in der Kantonsverfassung verankerten Gleichbehandlungsgebot vereinbaren lasse, wenn der Kanton den Landeskirchen zahlreiche Privilegien einräume. Sollten dereinst andere Glaubensgemeinschaften deswegen vor Gericht gehen, «dann haben wir ein Problem», sagt er.

Das Ziel sei eine Entflechtung des heute sehr engen Verhältnisses zu den Landeskirchen. So könnte man in Richtung Gleichbehandlung fortschreiten. Die Alternative dazu wäre die öffentlich-rechtliche Anerkennung weiterer Glaubens- und Religionsgemeinschaften. Hier aber zieht Neuhaus eine Grenze. Er weigere sich, ein Anerkennungsgesetz auf den Weg zu schicken - weil es keine Religionsgemeinschaften gebe, die derzeit für einen solchen Schritt bereit wären. Zudem wäre ein solcher Versuch kaum mehrheitsfähig, gerade wenn es um die Einbindung des Islam gehe. (db)

Hauptausgabe

Berner Zeitung AG
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 45'945
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 3
Fläche: 93'064 mm²

Unheilige Allianz gegen Kirchenreform



Da hilft nur noch Beten: Eine überparteiliche Parlamentariergruppe will die Reformpläne von Kirchendirektor Neuhaus torpedieren.

Beat Matthey

GROSSER RAT In der Septembersession wollte Regierungsrat Christoph Neuhaus die Weichen für die Revision des Kirchengesetzes stellen. Nun droht sein Plan am Widerstand einer überparteilichen Gruppe zu scheitern.

Andrea Sommer

Auch im Jahre 2015 nach Christus ist im Kanton Bern das Verhältnis von Kirche und Staat eng. So eng, dass hier die Pfarrer Staatsangestellte sind. Kirchendirektor Christoph Neuhaus (SVP) will nun das Verhältnis lockern und das kantonale Kirchengesetz revidieren. Die wich-

tigsten Ziele dabei: Die Kirche soll die Pfarrer künftig selber anstellen und der Kanton kirchliche Leistungen per Vertrag einkaufen. Im Frühjahr legte Neuhaus dazu einen Expertenbericht

«Ich bin nach der Revision des Kirchengesetzes bereit, die religionspolitische Diskussion anzustossen.»

Christoph Neuhaus

vor. Die vorberatende Kommission empfiehlt dem Parlament, diesen zu unterstützen, der Grosse Rat entscheidet Mitte September. Damit standen die Zeichen gut, dass Neuhaus die geplante Gesetzesrevision an die Hand nehmen kann. Die schwierige Frage, wie mit den Kirchengütern umzugehen ist, klammert der Regierungsrat dabei allerdings bewusst aus (siehe Box).

«Es fehlt die Strategie»

Nun formiert sich allerdings Widerstand. Eine überparteiliche Parlamentariergruppe diskutiert derzeit, den Bericht zurückzuwei-

Hauptausgabe

Berner Zeitung AG
3001 Bern
031/ 330 33 33
www.bernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 45'945
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 3
Fläche: 93'064 mm²

sen. Darin sind Schwergewichte vertreten wie FDP-Fraktionschef Adrian Haas, Fritz Ruchti (SVP, Seewil), Matthias Burkhalter (SP, Rümli) und Blaise Kropf (Grüne, Bern). Nächsten Dienstag soll der Entscheid gefällt werden. Mit einer Rückweisung würde die Gesetzesrevision hinfällig.

Diese «heilige» Allianz ist eigentlich eine unheilige: Die bürgerlichen Vertreter lehnen den Bericht ab, weil sie wie FDP-Fraktionschef Adrian Haas keinen Reformbedarf sehen. «Der Aufwand wäre unverhältnismässig gross, einzig um die Anstellung der Pfarrer und deren Entlohnung neu zu regeln.» Deshalb habe er Sympathien für einen Rückweisungsantrag, so Haas.

Den Mitte-links-Vertretern hingegen geht der Bericht zu wenig weit. «Es fehlt eine Strategie, wie wir mit anderen Religionsgemeinschaften umgehen», sagt etwa Matthias Burkhalter, der den Bericht «unbedingt» zurückweisen will. Blaise Kropf doppelt nach: «Wir haben eine wachsende Zahl von Muslimen. Hier hat der Staat ein Interesse daran, dass der interreligiöse Dialog statt findet und seelsorgerische Leistungen für alle Religionen erbracht werden können.» Die Revision des Kirchengesetzes sei nicht allein unter dem finanziellen Aspekt anzugehen, sagt Vreni Kipfer (BDP, Stettlen): «Das Verhältnis von Kirche und Staat ist gesellschaftspolitisch zu diskutieren.» Burkhalter kritisiert zudem, dass der Bericht offenlasse, wie die Kirche die Pfarreranstellung künftig regeln wolle. Dass er als Geschäftsführer des bernischen Staatspersonalverbandes fürchtet, mit dem Kirchenpersonal auf einen Schlag die zweitgrösste Sektion zu verlieren, weist er von sich. «Auch wenn die

Pfarrer direkt von der Kirche angestellt sind, können sie bei uns organisiert bleiben.»

Vonseiten des Klerus wehrt sich der evangelisch-reformierte Pfarrverein Bern-Jura-Solothurn gegen den Bericht der Regierung. Dieser sei ein Schnellschuss, sagt Präsident Michael Graf. «Der Bericht müsste eine Strategie bieten und gewährleisten, dass die Regierung eine umfassende Religionspolitik entwickelt.» Eine Rückweisung wäre für Graf der vernünftigste Weg: «Wir begrüssen alles, was dem Kanton mehr Zeit verschafft, die Fragen zu Kirche und Religionen gründlich anzugehen.»

«Reform ist dringend nötig»

Kirchendirektor Christoph Neuhaus lehnt ein Religionsgesetz jedoch ab. «Das würde den Karren überladen», sagt er und verweist auf die Kantone Luzern und Zürich, in denen solche Vorlagen gescheitert sind. Dafür, dass sich nun «Kirchenkritiker und Strukturbewahrer gemeinsam ins Lotterbett legten», hat Neuhaus kein Verständnis. Zumal er bereits in der Kommission signalisiert habe, dass er nach der Revision des Kirchengesetzes durchaus bereit sei, die religionspolitische Diskussion anzustossen. Zuerst müsse nun aber die Reform an die Hand genommen werden: «Das Kirchengesetz ist rund siebenzig Jahre alt und, wie die Experten aufzeigten, dringend anpassungsbedürftig.»

Als Einziger der überparteilichen Gruppe teilt EVP-Grossrat Philippe Messerli (Nidau) diese Haltung. Zwar stehe er dem Bericht auch kritisch gegenüber und wünsche sich eine aktive Religionspolitik. «Eine Rückweisung würde aber den Reformprozess gefährden, und das wäre

schade.»

DARUM GEHT ES

Warum Pfarrer Staatsangestellte sind

Im Kanton Bern arbeiten aktuell **670 Pfarrerinnen und Pfarrer**. Sie teilen unter sich **404 Vollzeitstellen** auf. Ihre Löhne erhalten die Geistlichen direkt vom Kanton. Denn heute sind die Pfarrer der reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Kirche alle Staatsangestellte. Dafür gibt der Kanton jährlich gut **70 Millionen Franken** aus. Dieses System geht auf eine **Vereinbarung** zwischen den Kirchen und dem Kanton **aus dem Jahr 1804** zurück. Damals hatte der Staat die Kirchengüter, also Ländereien und Liegenschaften, eingezogen und sich im Gegenzug dazu verpflichtet, für die Pfarrerlöhne aufzukommen.

Vor allem im Rahmen der letzten grossen Spardebatte im Jahr 2013 wurde **Kritik an dieser Regelung laut**. In der Folge beauftragte die Regierung zwei externe Experten damit, einen Bericht zum Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern zu erarbeiten. Diesen März präsentierte Kirchendirektor Christoph Neuhaus (SVP) den Bericht der Öffentlichkeit und erklärte, **wie die Regierung das Verhältnis zur Kirche lockern will**. Wichtigster Punkt dabei ist, dass die Pfarrer neu direkt von den Kirchen angestellt und entlohnt werden sollen. Die Leistungen der Kirche will der Kanton künftig mittels Leistungsvertrag einkaufen und dafür jährlich etwa 70 Millionen Franken ausgeben. Die Regierung behält sich künftig finanziellen Spielraum vor. Nichts wissen will sie jedoch von einem **Anerkennungsgesetz** für andere Religionen (siehe Haupttext). as



BZ Kommentar



Andrea Sommer
Leiterin Ressort Kanton

Scheinheiliger Widerstand

Es ist wirklich an der Zeit, dass auch im Kanton Bern Kirche und Staat getrennte Wege gehen. Den ersten Schritt hat die Regierung mit dem Expertenbericht getan, den sie diesen Frühling vorlegte. Dass sie nun darauf pocht, dass die Kirche die Pfarrer selber anstellen und entlöhen soll, ist nur folgerichtig. Ebenso, dass der Kanton künftig kirchliche Dienstleistungen per Leistungsvertrag einkaufen will.

Zwar kann man beklagen, die Regierung gehe zu zögerlich vor und setze die Trennung nicht konsequent um. Allerdings dürfte ein Vorpreschen viele Exponenten von Landeskirchen und Politik abschrecken und so die längst fälligen Neuerungen gefährden.

Entscheidend ist also nicht das Tempo, sondern dass die Reform überhaupt in die Gänge kommt. Dass sich die Regierung dabei von finanzpolitischen Realitäten leiten lässt, ist nicht verwerflich, sondern angesichts der Situation der Kantonskasse so

logisch wie das Amen in der Kirche. Ebenso das Fernziel, der-einst auch beim Einkauf von kirchlichen Leistungen darüber diskutieren zu können, was man sich in welcher Form noch leisten will. Es ist dann der Kirche überlassen, ihre Mitglieder stärker zur Kasse zu bitten, wenn sie den Gürtel nicht enger schnallen will.

Wenn nun eine überparteiliche Gruppe die Gesetzesrevision torpedieren will, dann ist dies nicht nachvollziehbar. Bei genauerem Hinsehen haben die Vertreter unterschiedliche Gründe, den Bericht und damit die Reform des Kirchengesetzes abzulehnen. Die einen wollen die Pfründen der Kirche verteidigen, die anderen den Kreis jener erweitern, die von den staatlichen Geldtöpfen profitieren. Insgesamt ergibt dies das Bild einer scheinheiligen Allianz, die vor allem eines will: alles beim Alten lassen.

Mail: andrea.sommer@bernerzeitung.ch



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 23
Fläche: 103'625 mm²

«Dieser Schritt hat einen riesigen Symbolwert»

Reformierte Pfarrer halten nichts von der Idee, dass sie nicht mehr Staatsangestellte sein sollen. Pfarrvereinspräsident Michael Graf sagt, es gehe um weit mehr als um eine administrative Änderung. Dem Regierungsrat wirft er vor, «nicht den Hauch einer Vision» zu bieten.



Es gehe gar nicht um die Pfarrer, sagt Michael Graf im Garten des Pfarrhauses in Kirchlindach, die Frage sei, was der Berner Bevölkerung am meisten diene. Foto: Manu Friederich

Interview: Dölf Barben

Herr Graf, warum sind Sie Pfarrer geworden?

Ich wollte das spannendste und vielseitigste Studium belegen. Ich würde es wieder tun. Die Frage ist vielleicht, warum ich Pfarrer geblieben bin.

Und wie lautet die Antwort?

Jeder Mensch hat es verdient, in seinem Innersten ernst genommen zu werden. Und: Diese Welt ist nicht so, wie sie sein sollte.

In der Debatte um das Verhältnis von Kirche und Staat betonen die Pfarrer, sie seien für alle Menschen im Kanton da. Ist das tatsächlich so?

Ich habe noch nie jemanden gefragt, ob er reformiert sei, wenn er etwas von mir

wollte oder brauchte. Zuerst den Menschen anschauen - das ist das Selbstverständnis der Kirchen. Die Konfession ist wirklich sekundär. In den Berner Kirchen hat das eine lange, lange Tradition.

Heute gehört im Kanton Bern aber bald ein Drittel der Einwohner nicht mehr einer Landeskirche an, und immer mehr wollen gar nichts mehr von Religion wissen. Ist es da nicht schwierig, Ihre Aufgabe so zu erfüllen, wie Sie das jetzt schildern?

Wir sind in einem freien Land. Es muss niemand etwas von einem Pfarrer wollen. Aber das umgekehrte Signal ist wichtig: Man könnte und dürfte kommen und braucht nicht zuerst zu bezahlen. Nur schon das Wissen darum, dass man jederzeit einen Pfarrer aufsuchen

könnte, halte ich für sehr wichtig.

Kommt es denn vor, dass Fremde bei Ihnen anklopfen, nur weil sie wissen, da wohnt ein Pfarrer?

Ja, das kommt recht häufig vor. Vor allem bei Pfarrhäusern, denen man ansieht, dass es Pfarrhäuser sind. Meist sind es Leute, die am Rand der Gesellschaft sind. Sie wissen, Pfarrhäuser sind die letzten Orte, wo man einfach hingehen und sich etwas von der Seele reden kann - und einen kleinen Zustupf erhält.

Die Pfarrer haben ja sehr ablehnend auf den Vorschlag reagiert, dass sie künftig bei den Kirchen angestellt sein sollen. Woher rührt die Angst davor, dass die Pfarrer ihren Status als Staatsangestellte verlieren?



Niemand hat hier Angst. Wir haben lediglich versucht, in unserer Doppelfunktion loyal zu sein - sowohl gegenüber dem Kanton, dessen Angestellte wir sind, als auch gegenüber der Kirche, die unsere Oberbehörde ist. Wir versuchten darauf hinzuweisen, dass der Vorschlag des Regierungsrats untauglich ist, dass er keine Probleme löst - und nicht den Hauch einer Strategie bietet.

Sucht der Regierungsrat nicht bloss den pragmatischen Weg? Er wüsste zwar, was zu tun wäre, aber er erachtet die Anerkennung anderer Religionen als nicht mehrheitsfähig. Vor allem in Bezug auf den Islam.

Darum schlägt der Pfarrverein ja vor, einen Mittelweg einzuschlagen. Der Kanton, der religiös neutral sein muss, könnte all jene Gemeinschaften fördern, die dem Gemeinwohl dienen. Stattdessen interpretiert der Regierungsrat diese Neutralität passiv. Er zieht sich zurück aus den religiösen Dingen und überlässt sie den Leuten. Und warum sollte eine aktive Religionspolitik nicht mehrheitsfähig sein? Das würden wir doch schaffen! Damals, als die Katholiken eingebunden wurden, war das Unbehagen ihnen gegenüber grösser als das Misstrauen, das heute den Muslimen entgegenschlägt.

«Es ist ein erster Schritt hin zu einer weitgehenden Trennung von Kirche und Staat.»

Was wäre also zu tun?

Wenn man jetzt nicht sofort und umfassend eine aktive Religionspolitik entwickelt, ist das aus unserer Sicht eine verpasste Chance sondergleichen.

Wie sähe eine solche Politik aus?

Religionspolitik funktioniert gleich wie Landwirtschaftspolitik oder irgendeine andere Politik. Nicht der Kanton melkt die Kühe, aber er legt die Rahmenbedingungen fest und sagt, was er fördern will und was nicht.

Was wären die wichtigsten Punkte?

Unsere Gesellschaft verändert sich sehr schnell. Wir befinden uns in einer religiös immer vielfältigeren Gesellschaft. Der Staat hat die Aufgabe, den religiösen Frieden zu fördern und zu sichern. Das bedeutet doch, dass er die Kräfte stützen soll, die das Gemeinwohl fördern. In der Westschweiz beispielsweise gibt es eine Anlaufstelle für diverse Religionen, die von hochkarätigen Leuten geführt und von den Kantonen finanziert wird.

Nun sagen die Pfarrer, sie wären als Fachleute geeignete Partner für den Kanton, um eine Religionspolitik zu entwickeln. Ist das nicht ein bisschen anmassend gegenüber anderen, die als Geistliche tätig sind?

Wir sagen einfach: Auf die Pfarrerschaft kann sich der Kanton verlassen. Es geht beim Vorschlag der Regierung nicht um uns oder Kollegen in anderen Religionen, sondern um eine rein staatspolitische Frage. Der Regierungsrat hat einen Vorschlag gemacht, wie das Verhältnis zwischen Kirche und Staat sogenannt weiterentwickelt werden könnte. Wir aber halten es nicht für eine Weiterentwicklung; es ist vielmehr ein erster und entscheidender Schritt hin zu einer weitgehenden Trennung von Kirche und Staat.

Aber bitte, es geht doch auch um die Sonderposition der Pfarrer. Als Staatsangestellte haben diese gute Löhne und hervorragende Anstellungsbedingungen. Trauen die Pfarrer ihrer Kirche nicht ganz?

Es geht überhaupt nicht um das Materielle. Der Synodalrat hat uns einen Gesamtarbeitsvertrag in Aussicht gestellt, der besser sein soll als das kantonale Personalrecht. Daran kann es garantiert nicht liegen. Und die Lohndiskussion habe ich langsam satt: Wir sind in der Lohnklasse 23 und verdienen gleich viel

wie Gymnasiallehrer. Und in puncto Ausbildung, Verantwortung und Arbeitsbelastung stehen wir ihnen nicht nach.

Aber wo liegt dann das Problem, wenn die Pfarrer als Angestellte der

Kirchen noch bessere Bedingungen vorfinden würden als beim Staat?

Dieser kleine, administrative Schritt hat einen riesigen Symbolwert. Hätte der Bischof von Basel oder der Synodalrat vor ein paar Jahren die Übergabe der Pfarrerschaft verlangt, hätte der Regierungsrat das zurückgewiesen. Denn die symbolische Aussage wäre klar gewesen. Wir wollen Distanz zum Kanton. Aber die Kirchen taten das nie. Sie standen immer zum Kanton. Jetzt ist es eine Mehrheit im Regierungsrat, welche Distanz zu den Kirchen schaffen will. Und weil eine Trennung politisch keine Chance hätte, nennt man es Weiterentwicklung, stellt aber mit der Übergabe der Pfarrerschaft die Weichen definitiv auf Trennung. Unsere Frage lautete immer: Ist das wirklich gut für die Berner Bevölkerung? Ist es gut, dass die Regierung sich der Verantwortung für Kirchen- und Religionspolitik entledigen will?

Was ist nicht gut daran, wenn der Staat sich etwas zurückzieht?

Der Kanton Bern und die Kirchen haben sich bis jetzt gegenseitig unterstützt, weil sie sich beide für das Gesamte verantwortlich fühlten. Wenn der Staat nun deutlich auf Distanz zu den Kirchen und zur Religion überhaupt gehen will, besteht die Gefahr, dass die Kirchen sich stärker mit sich selber beschäftigen und vermehrt nach innen schauen werden statt auf das grosse Ganze. Erst recht, weil sie vor grossen Herausforderungen stehen, die mächtige Veränderungsprozesse zur Folge haben.

Wie sollte es Ihrer Ansicht nach weitergehen?

Es entstünde dem Kanton Bern nicht der Hauch eines Schadens, wenn vor Entscheiden mit solch weitreichenden Folgen zuerst nachgedacht würde. Wir versuchen Veränderungen immer in einem Dreischritt anzugehen: wahrnehmen, nachdenken, handeln. Der Expertenbericht von Rudolf Muggli und Michael Marti würde das Wahrnehmen ermöglichen. Und wenn man schliesslich darüber nachgedacht hätte, was für den Kanton das Beste wäre - dann könnte man handeln. Was der Regierungsrat



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 23
Fläche: 103'625 mm²

jetzt aber vorschlägt, ist das Gegenteil all dessen: einfach mal handeln, und zwar nur an einem einzigen Pünktlein, indem die Pfarerschaft abgegeben wird.

Beim ganzen Rest passiert nichts, ausser bei der unbestrittenen Zweckbindung der Steuern von juristischen Personen. Wir hoffen jetzt sehr, dass der Rat da einen Marschhalt einlegen wird. Damit würde er den Regierungsrat korrigieren und in die Zukunft gehen.

Wie man hört, hat sich der Pfarrverein im Hinblick auf die übernächste Woche beginnende Grossratsession stark ins Zeug gelegt.

Der Pfarrverein hat sich verpflichtet gefühlt, darauf hinzuweisen, dass dieser Debatte grosse Chancen liegen. Hätten wir uns passiv verhalten, hätte das Geschäft im Parlament kaum zu den gegeben. Jetzt freue ich mich aber auf die bevorstehende Diskussion, weil bei diesem Thema für einmal jegliche Rechts-links-Schemata durchbrochen werden.

Michael Graf ist Präsident des evangelisch-reformierten Pfarrvereins Bern-Jura-Solothurn. Dies ist die Berufs- respektive Standesorganisation der Pfarrerinnen und Pfarrer. Der 50-jährige Graf ist seit 2001 Pfarrer in Kirchlindach.

Delikate Debatte im Grossen Ra

Pfarrer unter Druck

Seit Jahren besodet der Kanton Bern die Pfarrer der reformierten, der römisch-katholischen und der christkatholischen Kirchen direkt aus der Staatskasse. Die Steuerzahler - unter ihnen auch jene, die aus der Kirche ausgetreten sind - legen dafür jährlich 70 Millionen Franken aus. Dieses System basiert auf einer über 200-jährigen Vereinbarung: Der Staat Bern hat 1804 die Kirchengüter eingezogen und sich im Gegenzug verpflichtet, die Pfarrpersonen zu entlohnen.

In den letzten Jahren ist der Ruf immer lauter geworden, eine direkte Besoldung sei nicht mehr zeitgemäss. Der Regierungsrat hat in der Folge den Juristen Rudolf Muggli und den Ökonomen Michael Marti beauftragt, eine Expertise zu erstellen. Diese wurde Ende März vorgelegt - ebenso wie ein Bericht, in dem der Regierungsrat darlegt, wie er das im Kanton Bern traditionell sehr enge Verhältnis zwischen Staat und Kirchen «weiterentwickeln» will. Einer der um-

strittensten Punkte ist der, dass die Landeskirchenpfarrer den Status als Staatsangestellte verlieren und neu von den Kirchen angestellt sein sollen. Die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen sollen aber weiterhin entschädigt werden. Ein Anerkennungsgesetz, von dem beispielsweise Muslime profitieren könnten, will der Regierungsrat vorläufig nicht anpacken. Religionsgemeinschaften, die «gesellschaftlich relevante Leistungen erbringen», seien gegebenenfalls anders zu fördern.

Kritik an diesem Bericht kam vor allem von den reformierten Pfarrern. Der Pfarrverein wurde von der vorbereitenden Kommission ebenfalls angehört. Die Argumente der Pfarrer (siehe Interview) scheinen bei einigen Grossratsmitgliedern dem Vernehmen nach auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Die Kirchendebatte in der zweiten Woche der Septembersession dürfte somit ziemlich spannend werden. (db)



Bieler Tagblatt
2501 Biel
032/ 321 91 11
www.bielertagblatt.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 21'739
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 18
Fläche: 13'245 mm²

Verhältnis zum Staat lockern

Kirche Wie die Regierung, so spricht sich auch die vorbereitende Grossratskommission dafür aus, das Verhältnis von Staat und Kirche zu lockern.

Im Kanton Bern besteht eine traditionell enge Beziehung zwischen Kirche und Staat. Dieses Verhältnis will die Regierung lockern – etwa damit, dass die Pfarrer künftig nicht mehr beim Kanton, sondern direkt von den Kirchen angestellt wären. Dies ist eine der Schlussfolgerungen, die die Regierung im Frühling aus einem Expertenbericht über das Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern gezogen hatte (wir berichteten).

Nun hat sich die Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen des Grossen Rates mit dem Bericht befasst und empfiehlt dem Kantonsparlament, diesen zur Kenntnis zu nehmen. Der Rat wird den Bericht voraussichtlich in der Septembersession 2015 behandeln.

Nicht für kultische Zwecke

Wie die Kommission mitteilt, hat sie sich intensiv mit dem Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton auseinandergesetzt und da-

bei sowohl die Experten als auch die Vertreter der Landeskirchen angehört. Die Kommission sei der Meinung, dass der Bericht des Regierungsrates eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat bilde. Sie unterstützt deshalb die Stossrichtung des Regierungsrates.

Die Kommission hat zudem verschiedene Planungserklärungen verabschiedet. Unter anderem schlägt sie dem Rat vor, bei den Kirchensteuern der juristischen Personen eine negative Zweckbindung einzuführen. Damit würde den Kirchgemeinden vorgeschrieben, dass sie die Kirchensteuern der juristischen Personen nicht für kultische Zwecke einsetzen dürfen. Bei der positiven Zweckbindung, wie sie die Regierung vorschlägt, müsste festgelegt werden, für welche Tätigkeiten und Bereiche die Kirchensteuern der juristischen Personen genau verwendet werden dürfen.

Eine Minderheit der Kommission fordert, dass die Möglichkeiten zur Ablösung der historischen Rechtstitel geprüft werden. Dabei geht es um die Güter, die der Kanton 1804 von der Kirche übernommen hatte. Im Gegenzug verpflichtete sich der Kanton dazu, die Pfarrlöhne zu bezahlen. *mt/ans*



Der Bund
3001 Bern
031/ 385 11 11
www.derbund.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 44'411
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 150.001
Abo-Nr.: 1084726
Seite: 15
Fläche: 21'801 mm²

Parlamentskommission befürwortet «Entlassung» der Pfarrer

Für die Pfarrer wird es enger: Auch die vorberatende Grossratskommission will die enge Bindung zwischen Staat und Kirchen etwas lockern. Der Entscheid fällt im Herbst.

Es ist ein Geschäft von grosser Tragweite. Vor allem für die Kirchen. Und bei den Kirchen vor allem für die Pfarrer. Im Frühling hatte der Regierungsrat vorgeschlagen, die im Kanton Bern traditionell sehr enge Verbindung zwischen dem Staat und den drei Landeskirchen zu lockern: Die Pfarrer, die heute Staatsangestellte sind, sollen neu von den Kirchen selber angestellt sein.

Gestern nun hat die 17-köpfige Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK), welche das Geschäft im Hinblick auf die Septembersession vorberät, ihre Haltung bekannt gegeben. Sie ist weitgehend gleicher Meinung wie der Regierungsrat und unterstützt dessen

Leitsätze «grundsätzlich», teilte sie mit. Die SAK hat selber einige Vorschläge erarbeitet, die sie ins Plenum einbringen will. Mit 14 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen empfiehlt sie dem Grossen Rat, den Bericht gutzuheissen. Das Parlament könnte ihn auch zurückweisen; dann wäre die bisherige Arbeit umsonst gewesen. Die Position der SAK ist nicht unerheblich, weil sie parteipolitisch gleich zusammengesetzt ist wie der Grosse Rat.

Der umstrittenste Punkt betrifft das Anstellungsverhältnis der Pfarrer. Seit 1804 werden diese vom Staat direkt besoldet. Im Gegenzug hatte dieser damals die Kirchengüter an sich genommen. Insgesamt bezahlt der Kanton für Pfarrerlöhne jährlich rund 70 Millionen Franken aus allgemeinen Steuermitteln. In der reformierten Kirche werden vom Kanton 360 Vollzeitstellen finanziert; in der römisch-katholischen sind es 77 und in der christkatholischen 3.

Grosse Diskussionen habe es zu dieser Frage nicht mehr gegeben, sagte Kommissionsvizepräsident Adrian

Wüthrich (SP, Huttwil) auf Anfrage. Es sei richtig, dass die Verantwortung für die Anstellung der Pfarrer den Kirchen übergeben werde. Damit könne das bisherige «Dreiecksverhältnis» zwischen Staat, Pfarrern und Kirchen beendet werden. Bei den «technischen» Aspekten wie etwa der Personaladministration soll es laut Wüthrich möglich sein, dass Staat und Kirchen künftig Synergien nutzen. Die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Kirchen will der Staat auch künftig abgelenken.

«Es ist keine Abbauvorlage»

Insbesondere die reformierten Pfarrer hatten sich anfänglich dezidiert gegen die Änderung ausgesprochen; sie sahen sich auf einen Kostenfaktor reduziert. Mittlerweile fordern sie, solch wichtige Veränderungen sollten, wenn schon, am Ende eines Reformprozesses beschlossen werden. Die Kommission hat nun aber unterstrichen, dass der Bericht über das Verhältnis von Kirche und Staat «nicht als Basis für weitere Sparvorha-

ben dienen soll». Bislang war die Rede davon, dass ein neues Finanzierungsmodell für die Kirchen auch den finanziellen Spielraum des Kantons erweitern sollte. Diese Aussage ist laut Wüthrich von der Kommission gestrichen worden. «Es ist keine Abbauvorlage», sagte er.

Kirchengüter doch ein Thema?

Wie der Regierungsrat empfiehlt auch die SAK eine Zweckbindung der Kirchensteuern der juristischen Personen. Das Geld, das von Unternehmen an Kirchen fliesst, soll nicht mehr für gottesdienstliche Zwecke eingesetzt werden dürfen - stattdessen können damit etwa soziale Projekte finanziert werden.

Eine Minderheit der Kommission will in der Grossratsdebatte nochmals das Thema der vom Kanton 1804 übernommenen Kirchengüter aufs Tapet bringen. Die Idee: Der Kanton soll sich dieser uralten Verpflichtungen entledigen können. Der Regierungsrat, aber auch die Mehrheit der SAK will dieses Thema dagegen ruhen lassen. (db)